

WALTER FRIEDLÄNDER

## Gefahren des Überflusses

In der Fülle von Büchern und Abhandlungen finden wir nur wenige Ideen, die völlig umwälzende, revolutionäre Forderungen aufstellen. Im Rahmen der nationalökonomischen und sozialen Theorien wurde eine solche neue Theorie von Prof. *John Galbraith* von der Harvard University in seinem Buch *The Affluent Society* angeregt, das in vielen Ländern Aufsehen erregt hat.<sup>1)</sup> Vor kurzem haben nun jüngere Nationalökonomien in England und Amerika diese Gedanken weiter verfolgt. Es wird die Leser dieser Zeitschrift interessieren, von diesen Vorschlägen zu erfahren, die namentlich auch für die Gewerkschaftsbewegung von Bedeutung sind.

Diese Wirtschaftstheoretiker sind Dr. *Robert Theobald*, der als englischer Nationalökonom auch an der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mitgearbeitet hat und als Berater der Vereinten Nationen und der amerikanischen Wirtschaftsvereinigung tätig war, und Dr. *David T. Bazelon*, dessen Buch *The Paper Economic* vor kurzem bei Random House in New York erschienen ist. Dr. *Theobalds* Werk *Free man and free markets* wurde im Sommer 1963 in New York von Clarkson N. Potter veröffentlicht, nachdem im Mai 1963 die fortschrittliche Zeitschrift *The Nation* schon die wesentlichen Vorschläge des Buches in einer Sondernummer unter dem Titel „*Überfluß: Drohung oder Versprechen?*“ zur Kenntnis gebracht hatte.

Die umwälzenden Gedanken Dr. *Theobalds* stellen die Gültigkeit der Theorien des kapitalistischen Systems in Frage. Er betont, daß in allen westlichen Ländern seit der Depression der dreißiger Jahre der Glaube an die Ideen von *Adam Smith* aufgegeben worden ist, daß das System des freien Markts ohne Eingreifen der Regierungen zu einer ausgewogenen Wirtschaft führt; dies besonders deshalb, weil der freie Markt keine Garantie gegen umfangreiche Arbeitslosigkeit gewährt, während andererseits Maßnahmen der öffentlichen Arbeitsbeschaffung und der Nationalisierung von Industrien die Gefahr von Eingriffen in die persönliche Freiheit der Arbeiter und die Tätigkeit der Gewerkschaften mit sich bringen. Diese Probleme haben sich nach dem Ende des zweiten Weltkriegs wesentlich dadurch verschärft, daß die technischen Fortschritte der Automation

1) Deutsche Ausgabe: „Gesellschaft im Überfluß“, München 1959.

und der neuen Maschinen eine ganz neuartige industrielle Revolution hervorgerufen haben, die durch die Verwendung von Maschinen und Computern die Produktionskraft der USA so gesteigert hat, daß es möglich wäre, mühelos so viele Gebrauchsgüter herzustellen, daß die gesamte Bevölkerung auf einem hohen Lebensstandard leben kann.

Statt dessen aber ist das heutige Wirtschaftssystem noch immer auf den Prinzipien von 1830 aufgebaut, als eine Knappheit an Gütern bestand und deshalb die Arbeiterschaft gezwungen werden sollte, ständig zu arbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Heute aber sind in den USA Millionen Menschen arbeitslos, obwohl sie dringend nach Arbeit verlangen; sie sind daher von der „Gesellschaft des Überflusses“ ausgeschlossen, während schon riesige Überschüsse, vor allem auch an landwirtschaftlichen Produkten, in Speichern und Warenhäusern aufbewahrt werden müssen, da sie nicht abgesetzt werden können. Und eine ähnliche Entwicklung ist auch für die westeuropäischen Länder und für Rußland in einer Reihe von Jahren vorauszusehen.

Leider hat man bisher nicht verstanden, die gewaltige Produktionskraft und die Überschüsse der Gütererzeugung zur vollen Beseitigung der Armut zu verwenden. Daß dies möglich sein würde, haben prophetisch schon *Sidney* und *Beatrice Webb* im Jahre 1911 in ihrem Buch *The prevention of poverty* (Verhütung der Verarmung) vorausgesagt.

Mit der Einführung immer neuer Maschinen, die menschliche Arbeitskraft ersetzen, werden die Industriellen unvermeidlich in Konflikt mit den Gewerkschaften gebracht. So wurde z. B. in der amerikanischen Bergwerksindustrie innerhalb der letzten zwölf Jahre etwa die Hälfte aller Bergarbeiter durch Maschinen ersetzt, und auf den Eisenbahnen kam es in 14 Jahren zum Fortfall der Hälfte aller Arbeitsstellen. Die natürliche Folge ist, daß nun in den Gewerkschaften die Mitglieder mit allen Kräften nach einer Sicherung ihrer Arbeitsplätze verlangen. Im letzten Jahrzehnt haben die Arbeitsmöglichkeiten gerade in den Gebieten am stärksten nachgelassen, in denen die Arbeiter am besten gewerkschaftlich organisiert waren: im Bergbau, im Transportwesen, in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken, im Fabrikations- und Baugewerbe usw. Statt dessen ist die Zahl der Angestellten im Groß- und Kleinhandel, im Finanzwesen und Versicherungswesen, in den großen Warenhäusern und bei öffentlichen Behörden angestiegen, in denen aber die Gewerkschaften zumeist nicht so erfolgreich waren, die Angestellten als Mitglieder zu gewinnen. Auch das stärkere Anwachsen der Beschäftigung von Frauen anstelle von Männern stellt die Gewerkschaften vor die Aufgabe, sich mit der Organisierung der Frauen mehr als bisher zu beschäftigen.

Die Gewerkschaften haben in letzter Zeit die Ernsthaftigkeit des Problems der langdauernden und ansteigenden Arbeitslosigkeit erkannt; trotzdem haben sie zwar eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, aber wenig energische Schritte unternommen, um diese Forderung wirklich durchzusetzen. Erst im Jahre 1962 hat die AFL-CIO die 35-Stunden-Woche ohne Herabsetzung der Löhne unter ihre wichtigsten Forderungen aufgenommen; leider ist es aber ungewiß, ob selbst die Erfüllung dieser Forderung zu der erhofften Vermehrung der Arbeitsplätze und einer Verminderung der Arbeitslosen führen würde, weil die Unternehmer zum Teil durch eine andere Verteilung der Arbeit und durch Überstunden, zum anderen Teil durch Anschaffung neuer Maschinen den Ausfall ersetzen würden, anstatt neue Arbeiter einzustellen. Bisher haben die Unternehmer stets verstanden, Preissteigerungen durch höhere Löhne auf die Konsumenten abzuwälzen.

Die bisherige offizielle Politik der Regierung, durch einen Steuernachlaß die Arbeitslosigkeit zu vermindern, erscheint gleichfalls in ihrem Erfolg zweifelhaft, weil die Gefahr besteht, daß die langdauernde Vernachlässigung des Gebrauchs der Produktionskraft des Landes zu einer weiteren Entlassung von Arbeitern führen wird, gegen die sich die Gewerkschaften werden wehren müssen. Dadurch werden aber die Arbeitgeber sich veranlaßt sehen, noch mehr Maschinen statt Menschen zu beschäftigen, weil die Maschinen keiner Gewerkschaft beitreten oder in einen Streik eintreten können. Eine andere Gefahr

für die gegenwärtige freie Wirtschaft entwickelt sich im internationalen Handel, weil der Drang nach einer erhöhten Produktion die Neigung verstärkt, sowohl landwirtschaftliche als industrielle Produkte an fremde Länder abzustößen, deren Aufnahmefähigkeit bei steigender Konkurrenz auf dem Weltmarkt zurückgeht.

Es wird daher notwendig sein, daß die offizielle Sozialpolitik der Westmächte sich darauf umstellt, die unablässig steigende Produktionskraft dazu zu verwenden, um die bisher bestehenden sozialen Ungerechtigkeiten auszumerzen und auch die Klassen der Bevölkerung ausreichend zu versorgen, die bisher von der Teilnahme an der Wirtschaft des Überflusses ausgeschlossen sind, wie dies auch *Galbraith*, *Peter Bernstein*, *Leon Kautserling* ebenso wie *Bazelon* und *Theobald* fordern. Diese neuen Maßnahmen würden auch eine Umwälzung in den Prinzipien des Wohlfahrtswesens und der sozialen Sicherheit bedingen. Beide Gebiete sind bisher aufgebaut auf dem Prinzip der Kargheit. Ihre Leistungen haben niemals die Empfänger von Fürsorgemaßnahmen oder Sozialversicherungsbeträgen in eine soziale Lage versetzt, die sich mit der der allgemeinen Bevölkerung vergleichen ließ. Ein Grund hierfür war die Befürchtung, daß viele Leute nicht arbeiten würden, wenn ihre Fürsorgeunterstützung oder Sozialversicherung, besonders Arbeitslosenversicherung, fast so hoch wäre wie der übliche Arbeitslohn. Heute aber besteht nicht die Gefahr, daß Menschen müßig gehen wollen, sondern umgekehrt, daß Millionen Arbeitslose keine Arbeit finden können, besonders ungelernete Arbeiter, junge Arbeiter ohne Erfahrung und ohne besondere Ausbildung, ferner jene Arbeiter, die durch Krankheiten oder Gebrechen behindert sind, und ältere Arbeiter, die kaum unterzubringen sind. Auch die Mitglieder der Minderheitsgruppen in den USA gehören zu diesen Teilen der Bevölkerung, die besonders benachteiligt sind.

Die bisherigen Maßnahmen zur Hilfe für diese Teile der Bevölkerung sind unzulänglich geblieben und müssen ganz neu gestaltet werden, damit die wirtschaftliche Lage jedes einzelnen so gesichert wird, daß er vollen Anteil an der gegenwärtigen Ökonomie haben kann, ohne Rücksicht darauf, welchen Wert er selbst für die Gütererzeugung besitzt. Solche ausreichende wirtschaftliche Hilfe sollte als verfassungsmäßiges Recht allen Menschen gewährt werden, ebenso wie das Recht zum freien Schulbesuch für Kinder.

Neben solcher grundsätzlicher wirtschaftlicher Sicherung fordert Dr. *Theobald* eine erweiterte gesellschaftliche Leistung für solche Menschen aus der Arbeiterschaft und dem Mittelstand, die infolge der technischen Umstellung der Wirtschaft durch Automation und Maschinen ihre frühere Arbeit verlieren. Ihnen sollten erweiterte Sozialleistungen gewährt werden, die im Verhältnis zu ihren früheren Einkommen stehen und ihnen die Aufrechterhaltung ihres bisherigen Lebensstandards erlauben. Diese Familien würden sich verpflichten, diese erweiterten Leistungen für ihren Lebensstandard zu verwenden und damit die Konsumtion der Gesellschaft zu stärken; sie würden die Regierung hierdurch in die Lage setzen, die erwünschte Zahl von weiteren Arbeitsplätzen zu schaffen, ohne von einem erzwungenen Anwachsen der industriellen Produktion abhängig zu sein.

Dieser neue Plan einer wirtschaftlichen sozialen Sicherung würde aus allgemeinen Bundessteuern finanziert werden. Sein sozialer Charakter müßte betont werden, der seine Durchführung unter Aufrechterhaltung der Freiheit des einzelnen garantiert. Die Kräfte, die durch eine solche Umstellung des wirtschaftlichen Systems frei werden, müßten für einen Ausbau des Erziehungswesens, der Kultur, der Erwachsenenbildung, für eine Verbesserung der öffentlichen Dienste, wie Post, öffentliches Transportwesen, Polizei und des Sozial- und Gesundheitswesens, verwandt werden. Das neue System würde eine gerechte Verteilung der Güter unserer Wirtschaftsordnung erleichtern und zu einer Neuordnung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion ohne Unterdrückung der Freiheit der Bürger führen. Das mag heute vielen als eine Utopie erscheinen; aber es mag in wenigen Jahrzehnten zur Wirklichkeit werden. Menschliche Würde kann nicht ohne wirtschaftliche Sicherung garantiert werden.